

mit einem reformierten Vetorecht auch effektiver wird.

Eines der übergreifenden Foren, die unsere Aufmerksamkeit verdienen, ist das Staatenbündnis Brics, das sich mitten in einem Transformationsprozess befindet und mit den jüngsten Erweiterungsrounds das Ziel verfolgt, zum repräsentativen Organ des Globalen Südens zu werden. Brics versammelt bereits fast die Hälfte der Weltbevölkerung in einem heterogenen Verbund, den vor allem eines verbindet: der Unmut gegenüber dem Westen.

Wir müssen anfangen, das Mehrheitsprinzip im Weltmaßstab zu denken. Nur so können neue Lösungen und ein gemeinschaftlicher Reformeifer entstehen. Es stünde an, den Weg für eine „erweiterte Brics+“ zu ebnen, in der Länder aus freien Stücken zu Gesprächen mit den Mitgliedern zusammenkommen, um eine weltumspannende Agenda zu formulieren, die von einer breiten globalen Mehrheit getragen wird.

Wir müssen den Beweis antreten, dass sich mit kollektiven Verfahren etwas bewirken lässt – natürlich für den Klimaschutz, aber auch gegen das politische Phänomen der Failed States, mit dem zwei Plagen der Globalisierung einhergehen: der internationale Terrorismus, der den Sahel, den Nahen Osten und Zentralasien vergiftet; und die organisierte Kriminalität, die auf allen Kontinenten auf dem Vormarsch ist.

Wir müssen zudem für die Vision einer multipolaren Welt eintreten. Die Vielfalt der Welt darf nicht in der Konfrontation der Blöcke untergehen. Wir müssen deutlich machen, dass es legitim und notwendig ist, wenn China nach zwei Jahrhunderten im Abseits auf die Weltbühne zurückkehrt und dort eine tragende Rolle übernimmt. Ebenso begrüßenswert ist die Rückkehr eines starken Indiens. Diese Suche nach großen Partnern muss das prägende Merkmal der Außenpolitik sein.

Im nächsten Schritt müssen wir im europäischen Rahmen darüber nachdenken, wie wir unsere Rüstungsindustrien für die Zukunft so aufstellen, dass größtmögliche Souveränität erreicht wird und die entsprechende Finanzierung gesichert ist. Die Verteidigungsausgaben sollten daher aus den Finanzziele des neuen Stabilitätspakts ausgeklammert und ihr hoher Stellenwert als Investition in die Zukunft deutlich gemacht werden.

Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) muss mit mindestens 100 Milliarden Euro ausgestattet werden – durch gemeinschaftliche Kreditaufnahme und eine unter den Mitgliedstaaten koordinierte Planung, damit ein weltweit konkurrenzfähiges Volumen sichergestellt wird.

Verteidigungsbereitschaft ist nicht nur eine Frage der Kampfkraft, sondern auch eine Frage gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit. Dabei geht es nicht um eine Militarisierung der Gesellschaft. Im Gegenteil, wir müssen unsere Demokratien gerade jetzt unbedingt stärken, indem wir eine aufgeklärte und besonnene Debatte über Aufrüstung führen, einen haltbaren Konsens finden und respektable und respektierte Gesetze formulieren.

Denn wenn die Armeen eine wichtigere Rolle übernehmen, vergrößert das zwangsläufig deren Macht. Deshalb müssen die parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten gestärkt und ausgebaut werden. Medien- und Rüstungsbranche müssen strikt getrennt werden, um wirksam zu

verhindern, dass die öffentliche Meinung gekapert wird.

Wir brauchen eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die proaktiv an der Lösung der weltweiten Krisen mitwirkt, ohne in hektischen Aktivismus zu verfallen. Denn ein solcher schadet unserem Ansehen und erweckt den Eindruck, hier würden Ängste und eine kriegerische Stimmung ausgelebt. Zu derartigen Unbedacht in die Debatte geworfenen Ideen gehören etwa die Forderung nach der Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine und nach der „Europäisierung“ der französischen atomaren Abschreckung.

Es ist verantwortungslos zu glauben, Krisen ließen sich cointeilen in solche, die wir aussitzen können, und solche, die wir zuspitzen müssen.

Zu den Krisen des ersten Typs, den Elendskrisen dieser Welt, hören wir sowohl von der sogenannten internationalen Gemeinschaft als auch vom Westen so gut wie nichts: In Haiti kapern Banden einen Failed State; der Sudan versinkt 20 Jahre nach Darfur erneut in Bürgerkrieg und Massakern; in Myanmar herrscht Bürgerkrieg. Von den Krisen in der Demokratischen Republik Kongo und im Libanon ganz zu schweigen. Es geht darum, ein neues Vorgehen zu entwickeln, sich stärker zu engagieren und aus katastrophalen Verhältnissen zu neuen Kooperationen zu finden, die dem gemeinsamen Ziel aller Großmächte dienen: eine maximal stabile und sichere internationale Ordnung.

### Task Forces für eine neue Weltordnung

Jeder noch so kleine und entlegene Konflikt kann zur Lunte am Pulverfass werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss zentraler Akteur werden – mit Task Forces der wichtigsten Weltmächte, insbesondere der USA, Chinas, Russlands, der EU, Indiens und Brasiliens, die politische Vor-Ort-Lösungen und eine kooperative Entwicklungspolitik vorantreiben.

Der Fokus sollte jetzt auf die beiden Kriege in Gaza und in der Ukraine gerichtet sein: Wenn wir zulassen, dass in Gaza wie in der Ukraine der Krieg alles verschlingt, wächst jeden Tag die Gefahr, dass der Konflikt sich globalisiert. Manche Kriegspartei wünscht sich das vielleicht sogar.

Was den Gazakrieg betrifft, so müssen wir wieder einen glaubwürdigen politischen Weg zu einer zügigen Zweistaatenlösung einschlagen. Und das geht nur über eine dauerhafte Waffenruhe. Da inzwischen eine Ausweitung auf die gesamte Region droht, muss man umgehend noch einen Schritt weiter gehen und eine Sicherheitskonferenz für den Nahen Osten einberufen, bei der alle regionalen Akteure einschließlich Israel und Iran mit am Tisch sitzen.

Natürlich lässt sich nicht innerhalb weniger Wochen lösen, was sich in 50 Jahren angesammelt hat. Es geht erst einmal darum, einen Rahmen zu schaffen und einen Prozess zu entwickeln, in denen jede der anstehenden Fragen behandelt werden kann. An erster Stelle steht die Anerkennung des palästinensischen Staats, an zweiter die Bereitschaft, ein Sondertribunal für die in Israel und Palästina verübten Verbrechen einzurichten, vor dem sowohl die Massaker vom 7. Oktober als auch die mutmaßlich im Gazastreifen – und im Rahmen der israelischen Besetzung des Westjordanlands – verübten Kriegsverbrechen verhandelt werden.

Was den Krieg in der Ukraine betrifft, gilt es vor allem ein stabiles Gleichgewicht zu schaffen zwischen der nach wie vor entschlossenen Unterstützung des Landes und unserem Verhältnis zu den Ländern des Globalen Südens. Die vom US-Kongress bewilligten Hilfen von 61 Milliarden US-Dollar erhöhen die Chancen, dass nicht vor der Drohkulisse des unmittelbaren Zusammenbruchs verhandelt werden muss. Das heißt, wir müssen begreifen, woher die vorherrschende Wahrnehmung rührt, dass der Westen „mit zweierlei Maß misst“, und gleichzeitig verständlich machen, dass es in der Ukraine um die Verteidigung einer internationalen Ordnung geht, die Frieden und Sicherheit für alle garantiert.

Und es braucht einen diplomatischen Prozess, der zur Deeskalation und zu konfliktbegleitenden Vereinbarungen führt – und wenn die Ukrainer dazu bereit sind, zu einem Waffenstillstand, der den Weg zu Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine ebnet kann. In solchen Verhandlungen muss es um drei Themen gehen:

einmal die von Russland annektierten und besetzten Gebiete, als Zweites die Sicherheitsarchitektur für Europa; und als Drittes eine Neuauflage der „Start“-Abkommen, die 2027 ablaufen, und des INF-Abrüstungsvertrags zu atomaren Mittelstreckenraketen, um das globale nukleare Risiko einzudämmen. Wir dürfen die Tür für eine Verhandlungslösung nicht aus Prinzip zuschlagen.

Auch in Ostasien müssen wir aktiv werden. Dort drohen sich von Taiwan bis Korea an der Bruchlinie zwischen den beiden großen Blöcken immer mehr Frontlinien zu bilden. Eine energische Eindämmungspolitik des Westens im indopazifischen Raum birgt die Gefahr, dass eine unkontrollierbare Spirale der Gewalt in Gang gesetzt wird. Nur das Bemühen um regionalen Ausgleich, der den großen Schwellenländern wie Indien und Indonesien allein nötigen Raum zu Entfaltung gibt, kann das verhindern.

Wir sollten nicht davon ausgehen, dass ein Krieg unausbleiblich sei, auch wenn Washington sich anscheinend damit abfindet. Wir sollten die Initiative ergreifen und Diskussionsformate ins Spiel bringen, die schrittweise Lösungen begleiten können.

Selten war die Weltlage so kritisch wie heute. Zwei globale Lager prallen mit voller Wucht aufeinander: ein westliches, das im Namen eines unheilvollen Fortschritts agiert und mitunter versucht ist, sich aus lauter Angst vor dem eigenen Niedergang in den Kampf zu werfen. Und ein anderes, das die Weltordnung zu seinen Gunsten umgestalten will, auf die Gefahr hin, imperialen Einflussphären zu zementieren. So entstünde eine Welt, in der im Namen einer allumfassenden Stabilität jede Veränderung im Keim erstickt wird.

Bei dieser neuen Konfrontation der Blöcke bleibt der Globale Süden auf der Strecke. Deshalb müssen wir einen Weg zu einer gemeinsamen, ausgeglichenen und sicheren Weltordnung entwerfen, mit der sich die angekündigte Katastrophe abwenden lässt und die Klima, Artenvielfalt und menschliche Güter wie finanzielle Stabilität und Grundlagenforschung schützt.

Aus dem Französischen von Andreas Bredentfeld

Dominique de Villepin war französischer Außenminister (2002–2004) und Premierminister (2005–2007).



Isolde Woudstra, Lebanon Hanover, 2014

### Impressum

Redaktion Dorothee D'Aprile (Leitung) | verantwortlich für diese Ausgabe, Katharina Döbler, Jakob Farah, Nils Kadritzke, Anna Leuch  
Produktion Karoline Bofinger, Daniela Leupelt, Aletta Lübbers, Stefan Mahlike, Franziska Özer  
Redaktion Comic Karoline Bofinger  
Redaktion Kunst Wilhelm Werthern  
Dokumentation Sigrid Dittelhoff, Almut Müller  
Verlag Deutschland  
taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG,  
Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin,  
☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Marketing Greta Cazzola ☎ +49 (0) 30 25 902-331  
Anzeigen Daniela Lipka ☎ +49 (0) 30 25 902-965  
dipka@monde-diplomatique.de

Separates Abonnement  
Jahrespreis Inland 62,40 €, Ausland 76,80 €, ermäßigt Inland 39,60 €, ermäßigt Ausland 54 € (alle Preise inkl. Versandkosten).  
abo-lmd@taz.de ☎ +49 (30) 25 902-211

A. Beig Druckerei GmbH & Co.  
25421 Pinneberg  
ISSN: 1434-2561

Lmd Audio Download im eKiosk  
www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk.  
Einem Teil der Auflage liegen Beilagen von Der Freitag bei.

Verlag Schwyz  
WZ – Internationale Medienzeitschriften AG, Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich, Camille Roseau, Postfach: CH 8031 Zürich, ☎ +41(0) 44 448 14 14, diploabo@wz.ch, www.monde-diplomatique.ch

Inserate WZ-IMAG, Vasco Rasi, ☎ +41(0) 44 448 14 03/23, diploinserat@wz.ch  
Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau  
Die Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WZ bei.  
Separates Abonnement  
Jahrespreis 272 Sfr. | zzgl. Versandkosten ins Ausland.

Die nächste Ausgabe erscheint mit der taz am 12. 7. 2024 und mit der WZ am 11. 7. 2024. In Deutschland separat am Kiosk ab 11. 7. 2024.

### Meldungen des Monats

Am 20. Mai 2024 entschied der Londoner High Court, dass Julian Assange in Berufung gehen darf. Damit hat der inhaftierte Wikileaks-Gründer eine letzte Chance, einer Auslieferung an die USA zu entgehen, wo ihm eine Anklage wegen „Spionage“ und eine lange Haftstrafe drohen. In dem Berufungsverfahren kann Assange auf zwei unklare Punkte verweisen: Zum einen, ob er sich in den USA auf das Recht auf Meinungsfreiheit berufen könnte, zum anderen, ob er als



Australier den in der US-Verfassung festgeschriebenen Schutz von Grundrechten genießen würde. Einen dritten möglichen Berufungsgrund, dass ihm die Todesstrafe drohen könnte, ließ das britische Gericht nicht zu, weil es von der US-Regierung die Zusicherung erhalten hat, dass es kein Todesurteil geben wird.

Seit Beginn der Massenproteste in Georgien gegen das sogenannte Agenten-Gesetz, das am 14. Mai im Parlament verabschiedet wurde, haben Sicherheitskräfte mindestens 15 Journalist:innen an der Ausübung ihres Berufs gehindert, wobei einige sogar verletzt wurden. Andere werden mit Psychoterror unter Druck gesetzt, wie eine Journalistin des Investigativmediums *Monitori*, die auf „Wanted“-Plakaten als ausländische Agentin denunziert wird.

Ein ähnliches Gesetz wie in Georgien wird in der Türkei vorbereitet. In der Nationalversammlung wollen Abgeordnete der Regierungspartei AKP eine Gesetzesnovelle einbringen, die „Einflussagenten“ in den Medien ins Visier nimmt. Demnach können Recherchen, „die sich gegen die Sicherheit des Staats oder dessen innen- oder außenpolitischen Interessen richten ... und den strategischen Interessen oder Instruktionen von ausländischen Staaten oder Organisationen entsprechen“, mit drei bis sieben Jahren Gefängnis bestraft werden. Damit könnte jede regierungskritische Berichterstattung kriminalisiert werden.

Am 5. Mai wurde in der Mongolei die Chefredakteurin der Nachrichtenwebsite Tac.mn, Bayarmaa Ayurzana, vorübergehend festgenommen. Sie steht unter der Anklage, Nachrichten zu verbreiten, die dem mongolischen Vizeministerpräsidenten Amarsaikhan Sainbuyan „ernsthaften Schaden“ zufügen könnten. Ayurzana berichtet seit Jahren über die Geschäfte des Politikers, der als der korruptester des Landes gilt. Ihre journalistischen Aufzeichnungen waren bereits im Januar bei einer polizeilichen Durchsuchung beschlagnahmt worden. Ihr Mitarbeiter und Rechtsberater, der Anwalt G. Datbayar, wurde am 25. April erschossen aufgefunden.

In Israel nehmen Drohungen gegen die Tageszeitung *Haaretz* zunehmend gewalttätige Formen an. Das international hoch geachtete Blatt wird wegen seiner kritischen Berichterstattung über den Gazakrieg von der Regierung Netanjahu als „Hamas-Zeitung“ denunziert. Nachdem sich die Drohanrufe und -schreiben seit dem 7. Oktober gehäuft hatten, zerrümpelten Unbekannte am 5. Juni die Eingangstür des Redaktionsgebäudes. Am selben Tag wurde der palästinensische *Haaretz*-Mitarbeiter Saif Kwasmir, der über die Demonstrationen zum israelischen „Flaggentag“ in Ostjerusalem berichtete, von jugendlichen Nationalisten verprügelt.

Le Monde diplomatique, Paris  
Direktor Benoît Bréville  
Berater der Redaktion Serge Halimi  
Chefredakteur Akram Belkaid  
Redaktion Philippe Descamps, Renaud Lambert, Évelyne Piellier, Hélène Richard, Pierre Rimbart, Anne-Cécile Robert, Grégory Rzepski, Christophe Ventura  
Dokumentation Olivier Pironet,  
1, avenue Stephen-Pichon, F-75013 Paris  
Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: [www.taz.de/genossenschaft](http://www.taz.de/genossenschaft)